

Ein vergessenes Volk und die Zukunft seiner Menschenrechte

Die Shan in Burma

von Sai Myo Win

Meines Erachtens ist der Begriff der »vergessenen Völker« gleichbedeutend mit dem der »nicht-staatlichen Nationen«, worunter ethnische, sprachliche und religiöse Minderheiten der ganzen Welt zu verstehen sind und ich vermute, dass wir alle diese Sicht teilen. Wenn wir uns mit der Zukunft der Menschenrechte für die vergessenen Völker beschäftigen, scheint es notwendig, die Hauptgründe der fortwährenden Menschenrechtsverletzungen rund um den Globus zu betrachten.

Minderheiten und multi-ethnischer Staat

Die meisten Menschenrechtsverletzungen erwachsen aus Konflikten auf ethnischer Basis. Mit anderen Worten: Ursache ist die Monopolisierung der Staatsmacht durch eine oder mehrere ethnische Gruppen gegen den Willen verbleibender anderer ethnischer Gruppen in einem multi-ethnischen oder multinationalen Staat. Die dominante Mehrheit — oder seltener, wie im Falle der ehemaligen Regierung Südafrikas die dominante Minderheit — versucht, den übrigen ethnischen Gruppen ihre politische Überlegenheit und kulturelle Identität überzustülpen. Die Konflikte eskalieren, wenn die erzwungene Assimilierung und die Monopolisierung der Staatsmacht auf den Widerstand der unterdrückten Völker stoßen. Der Konflikt gerät außer Kontrolle und öffnet Tür und Tor für alle Arten von Menschenrechtsverletzungen, in extremen Fällen für Zwangsumsiedlungen und Genozide.

Der Autor ist Vorsitzender der Shan Democratic Union (SDU) und repräsentiert die Shan auch in der Unrepresented Nations and Peoples Organisation (UNPO)

Historischer Hintergrund

Burma oder Myanmar, wie das Land vom burmesischen Militärregime genannt wird, ist ein Land, das sich aus mindestens drei Ländern zusammensetzt, nämlich: Burma Proper, Karenni State und Shan States. Die Shan und die Karenni unterstützten Burma im Kampf um ihre Selbstbestimmung und erhielten gemeinsam am 4. Januar 1948 die Unabhängigkeit von den Briten.

1962 jedoch putschte sich das burmesische Militär an die Macht und erklärte die Verfassung der Union für abgeschafft. Damit beendeten die Burmanen den einzigen legal existierenden Bund zwischen ihnen und anderen ethnischen Nationalitäten. Die Suspendierung der Verfassung stellte in ihrer Wirkung eine Selbstdenunziation dar, mit der Burma sich über Nacht selbst vom Partner zur Aggressor-Nation machte. So hörte in verfassungsrechtlichem Sinne die burmesische Union auf zu existieren.

Das burmesische Militärregime versuchte, die einstige Union mit nackter Militärgewalt zusammen-

zuhalten, obwohl die wahre Lösung politisch sein muss. Die Shan und die Karenni führen ihrerseits einen Widerstandskrieg, um sich selbst vom Joch der burmesischen Herrschaft zu befreien. Dies trifft auch für alle anderen nicht-burmesischen ethnischen Gruppen zu, die der »Burmanisierung« und erzwungenen Assimilation durch das burmesische Militär unterworfen wurden. Der bedeutende Unterschied ist, dass der Konflikt der Shan und Karenni mit dem burmesischen Militär als »internationaler« Konflikt angesehen werden kann, da die Shan und Karenni der burmesischen Union als gleichberechtigte politische Partner beigetreten waren, wobei beide Nationen verfassungsgemäß berechtigt waren, nach Ablauf einer Probezeit von zehn Jahren nach Unabhängigkeit von den Briten aus der Union auszutreten.

Neben den Shan und den Karenni leben in Burma als größte ethnische Gruppen die Karen, die Kachin, Chin, Arakenesen und die Mon. Burma ist in jeder Hinsicht ein multinationaler Staat, und seine ethnischen Konflikte stellen ein klassisches Beispiel für eine dominante Mehrheit dar, die versucht, auf Kosten anderer ethnischer Gruppen des multi-ethnischen Staates ihre Überlegenheit auszunutzen.

Das burmesische Militärregime und die Verletzungen der Menschenrechte

Das burmesische Militär ist eines der berüchtigtsten Militärs, die immer noch an der Macht sind, und seine Grausamkeiten und Menschenrechtsverletzungen haben so viel Aufmerksamkeit erregt, dass internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen (UN), die International Labour Organization (ILO) und die europäische Gemeinschaft es mit regelrechter Routine jahrein und jahraus verurteilen. Das burmesische Militärregime hat sich so an diese Verurteilungen gewöhnt, dass es sich weder darum kümmert noch irgend etwas zur Verbesserung der Menschenrechtssituation tut. Statt dessen treibt es seine ethnische Unterdrückung und seine Verstöße gegen die Menschlichkeit mit Regelmäßigkeit und Routine voran — für das Militär offenbar die einzig vorstellbare Politik um an der Macht zu bleiben.

In dieser kurzen Präsentation wird es unmöglich sein, all seine Verstöße aufzulisten. Deshalb wird hier nur eine Zusammenfassung der Menschenrechtsverletzungen innerhalb des Shan-Staates präsentiert, obwohl die Shan bei weitem nicht die

einzig ethnische Gruppe darstellen, die die Hauptlast der Grausamkeiten durch das burmesische Militär zu tragen haben. Es ist anzumerken, dass drastische Menschenrechtsverletzungen in den Gebieten der Karenni, der Karen und der Mon ebenso verbreitet sind und wo sich der Widerstand gegen die burmesische Herrschaft hartnäckig und zäh gestaltet.

Verdrängung und Zwangsumsiedlung der Bevölkerung sind im Shan-Staat nicht neu. Sie sind zu alltäglichen Erscheinungen geworden, seit die burmesische Armee zum ersten Mal 1950 ins Shan-Gebiet vorrückte, unter dem Vorwand, die chinesischen Nationalisten Kuomintang (KMT), die durch Mao Tse Tungs Truppen aus der Provinz Yunan in den Shan-Staat abgedrängt worden waren, aus dem Shan-Staat vertreiben zu wollen. Alle Formen von Menschenrechtsverletzungen wurden sowohl von den burmesischen Militärs als auch gleichermaßen von der KMT begangen.

Die Situation verschlimmerte sich, als das Militär 1962 die Macht übernahm und im ganzen Shan-Staat Widerstandskräfte aus dem Boden sprossen. Ein Versuch, die Oppositionsmacht zu brechen, stellte die Strategie des »Four Cuts« dar, eine Operation, die darauf abzielte, die Widerstandsarmee von der Versorgung mit Lebensmitteln, Finanzen, Nachrichten und Rekruten durch die lokale Bevölkerung abzuschneiden. In diesem Rahmen wurden oft ganze Dorfeinheiten gezwungen, an strategische Orte zu ziehen, die streng überwacht werden konnten. Innerhalb der letzten 30 Jahre wurden auf diese Art große Gebiete des Shan-Staates auseinander gerissen. Die massivste Zwangsumsiedlung begann jedoch 1996 durch den SLORC (State Law and Order Restoration Council) im Zentral-Shan-Gebiet und ihre Fortführung bis heute ist in ihrem Ausmaß völlig unüberschaubar.

Seit März 1996 siedelte das burmesische Militärregime in einem Gebiet von etwa 7.000 Quadratmeilen des Shan-Staates über 1.400 Dörfer um. Über 300.000 Menschen wurden mittels vorgehaltener Schusswaffe gezwungen, an strategische Umsiedlungsplätze zu ziehen. Ihnen wurde keine Unterstützung gewährt.

Das Umsiedlungsprogramm wurde 1997/98 intensiviert, Bewohner

neuer Gebiete wurden zur Umsiedlung gezwungen, und schon einmal Umgesiedelte zwang man, nochmals umzuziehen. Weite ländliche Gebiete mit elf Ortschaften wurden in entvölkerte »Frei-Feuer-Zonen« (free-fire zones) verwandelt.

1997 stieg die Zahl der außergerichtlichen Tötungen durch die Truppen des Militärregimes stark an, außerhalb der Umsiedlungsgebiete gefangene Dorfbewohner wurden wiederholt Opfer von Massakern. In einer einzigen Ortschaft wurden von SHRF (Shan Human Rights Foundation) die Morde an über 300 umgesiedelten Dorfbewohnern dokumentiert.

Die Dorfbewohner in den Umsiedlungsgebieten werden von der Militärjunta für Zwangsarbeiten rekrutiert. Ohne jegliche Bezahlung und Nahrung müssen sie als Träger und Straßenbauer arbeiten, heben Gräben aus und errichten Zäune in den benachbarten Militärcamps.

Infolge der Zwangsumsiedlungen und massiver Menschenrechtsverletzungen des burmesischen Militärs flohen etwa 80.000 Shan nach Thailand.

Außerdem wendet das burmesische Militärregime ein ganz spezielles Kriegswerkzeug gegen die nicht-burmesischen Ethnien an: Vergewaltigung ethnisch nicht-burmesischer Frauen.

Der UN-Berichterstatler Burmas konstatierte im Januar 1998, burmesische Truppen haben eine »steigende Zahl von Frauen, auch Mädchen und alte Frauen« zu Opfern von Vergewaltigung und anderem Missbrauch gemacht. Auf der Basis dieses Berichtes drückte die UN-Kommission für Menschenrechtsresolutionen Burmas im April 1998 »ihre tiefe Besorgnis« (deep concern) hinsichtlich der Gewalt gegen Frauen in Burma »besonders in Sachen Zwangsarbeit, sexueller Gewalt und Ausbeutung, Vergewaltigungen eingeschlossen« aus.

So wurde das Shan-Dorf Kaeng Kham in Kunhing von einer Orgie von Vergewaltigungen durch das burmesische Militär erschüttert. Eines Berichts der Shan Human Rights Foundation von 1996 zufolge ereigneten sich sexuelle Angriffe in Kaeng Kham häufig nachts, nachdem die Männer des Dorfes zur Arbeit in einer lokalen Holzfirma aufge-

— Anzeige —

TERRE DES FEMMES

• *Buchkalender für Frauen*

2001

PLANERIN

- im A5-Format
- jede Woche auf einer Seite
- Recyclingpapier mit Wire-O-Bindung
- umweltfreundlicher Schutzumschlag
- Texte und Fotos über engagierte Frauen und Projekte
- Anhang mit Adressen, Notizblättern und Terminen
- DM 19,80/€ 10,20, ÖS 145, SFR 19,80
- Erhältlich im Buchhandel

ISBN 3-9806165-3-3

oder bei

TERRE DES FEMMES e.V.
Postfach 25 65
72015 Tübingen
Tel. 0 70 71-79 73-0
Fax 0 70 71-79 73-22

MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU

brochen waren. Nach Darstellungen des Berichts war »ein Truppenzug von LIB 519, geführt von Sergeant Hla Phyu, im Dorf Kaeng Kham stationiert. Nachts, als die Männer weg waren, zogen Sergeant Hla Phyu und seine Männer von Haus zu Haus und vergewaltigten wiederholt die Frauen. Jede erwachsene Frau des kleinen Dorfes ist vergewaltigt worden.«

Ein Bericht der Shan Human Rights Foundation von 1997 dokumentiert den Massenmord an Dutzenden von Shan-Frauen und -Mädchen, nachdem jede einzelne von mehreren Männern der Truppe vergewaltigt worden war. Dem Bericht zufolge fand am 15. September 1997 eine 120 Mann starke Truppe, geführt von Captain Htun Mya, 42 Frauen und 57 Männer, die sich im Wald von Kunhing versteckten. Die Truppen vergewaltigten die Frauen zwei Tage und zwei Nächte. Danach, so der Bericht, wurden alle 99 Dorfbewohner von den Soldaten getötet.

Im Juli 1998 schlussfolgerte die International Labour Organization (ILO) nach ihrer einjährigen Studie, dass Burmas Regime — besonders sein Militär — in großem Ausmaß Gebrauch von Zwangsarbeit macht. Diese »gravierende Verweigerung der Menschenrechte« beinhaltet, Frauen und Kinder dazu zu zwingen, aufminenverdächtigen Feldern voran zu gehen, Straßen zu bauen und andere gefährliche und unbezahlte Arbeiten auszuführen. Widerstand wird mit Folter, Vergewaltigung, Schlägen und Mord beantwortet.

Ethnische Säuberung, kultureller Genozid und Raubbau natürlicher Ressourcen

Das burmesische Militär versucht, sein Ziel der »Burmanisierung« zu erreichen, verbunden mit »ethnischer Säuberung« und »Zwangsassimilation«, indem das Leben für die Shan unerträglich gemacht wird. Dies umfasst alle Arten der Schikane: Verstöße gegen alle ihre Rechte (inklusive Leben und Lebensunterhalt), der systematische Einsatz von Terror, die Ermutigung zu gesetzlosem Verhalten der burmesischen Truppenmitglieder, Mord an Individuen und am häufigsten die Misshandlung von Frauen (Vergewaltigung)

sowie die Erniedrigung der Männer und die psychologische Einschüchterung der Kinder.

Als Spitze von alledem werden Sprache, Literatur und Kultur der Shan systematisch unterdrückt und bedroht, Hand in Hand mit der burmesischen Politik der Zwangsassimilation und Akkulturation.

Die Zerstörung des Palastes des ehemaligen Herrschers (chao fa) von Keng Tung durch das burmesische Militär am 11. November 1991 dient als eindeutiges Beispiel für die systematische Zerstörung aller historischer Shan-Stätten, mit dem Ziel rassistischer Unterwerfung und der Monopolisierung der politischen Macht. Dies ist nur einer der herausragenden Fälle, die im Shan-Staat passiert sind.

Der Raubbau des Teakholzwaldes im Shan-Gebiet durch das burmesische Militär, der schon vor einem Jahrzehnt massiv begann,

wird bis heute uneingeschränkt fortgesetzt. Dies gilt besonders für die Grenzgebiete zu China und Thailand, wo die Nachfrage nach Teakholz sehr hoch ist.

Landenteignungen durch das burmesische Militär gehören zur täglichen Routine der Shan-Bevölkerung. Besteuerung in Form von freier Arbeit oder Zwangsarbeit, Zwangsabgaben oder komplette Beschlagnahmung der Ernten durch die stationierten Militärs sind alltägliche Erscheinungen für die Shan-Bürger. Alle sind genau in einer Serie von Berichten der Shan Human Rights Foundation dokumentiert.

Wie anfangs schon erwähnt, sind diese Grausamkeiten nicht auf die Shan-Bevölkerung allein begrenzt. Das selbe Muster von Menschenrechtsverletzungen existiert ebenso in großem Ausmaß in den Gebieten der Karenni, der Karen, der Arakenesen und Mon und aller ande-



ren nicht-burmesischen ethnischen Gruppen. Die Politik des Rassenchauvinismus wird in jeder Ecke des Staatsterritoriums umgesetzt.

Ausbildung und Bewusstseinsbildung der unterdrückten Bevölkerungen soll Abhilfe schaffen

Letzteres führt zu der Frage, wie wir unserer Verpflichtung nachkommen können, die Menschenrechtsverletzungen in dieser tief gespaltenen Gesellschaft auf eine lenkbare Ebene zu bringen. Es ist keine leichte Aufgabe, ein allgemeines Konzept oder eine Strategie jedoch werden nötig sein, um sich dieser komplizierten Angelegenheit zu nähern.

Die ethnischen Konflikte in Burma können ausschließlich politisch gelöst werden, was mit Verhandlungsbereitschaft und Ausbildung einhergehen muss. Um eine Schlichtung zu erreichen, müssen zwei Prinzipien eingehalten werden: Die Wiederherstellung der Demokratie und die Akzeptanz des Rechts auf Selbstbestimmung. Eine Ausbildung muss sowohl auf die unterdrückten Menschen auf grassroot-level als auch auf das machthabende Regime zugeschnitten sein.

Während die Wiederherstellung der Demokratie sicherstellen wird, dass alle ethnischen Gruppen am Entscheidungsfindungsprozess partizipieren können, wird das Recht auf Selbstbestimmung jeder einzelnen ethnischen Gruppe ermöglichen, selbst über ihre politische Zukunft zu entscheiden.

Ausbildung ist im Grunde Bewusstseinsbildung, sowohl für das burmesische Militärregime als auch für die unterdrückten ethnischen Gruppen und die Bevölkerung im Ganzen. Die internationale Gemeinschaft muss dem Regime klar machen, dass es, wenn es Legitimität und internationale Anerkennung haben möchte, die universellen Menschenrechte und Demokratie akzeptieren und ihnen entsprechend handeln muss. Ansonsten wird es härtere Sanktionen und weitere Beschränkungen erfahren als es sie derzeit erduldet. UN, EU und ILO haben massiv gegen die Menschenrechtsverletzungen in Burma protestiert. Neben den Wirtschaftssanktionen der EU und der USA verhängte

die EU kürzlich eine Visumsperrung für burmesische Militärfunktionäre, um ihr Missfallen am Regime auszudrücken. Die UN setzte sich für einen »Dreierdialog« zwischen burmesischem Militär, der Opposition National League for Democracy (NLD) und den nicht-burmesischen ethnischen Nationalitäten ein, um den Weg für Demokratie und Versöhnung frei zu machen, das Militär zeigte jedoch keinerlei Verhandlungsbereitschaft. Wenn die UN und die internationale Gemeinschaft ihre Forderungen nach Veränderung aufrecht erhalten, erscheint die Wahrscheinlichkeit eines Dialogs wesentlich größer als wenn der Druck nachläßt.

Hinsichtlich der Ausbildung auf grassroot-level hat die Shan Hu-



Burmesisches Militär

man Rights Foundation in vielfältiger Weise Bewusstsein geweckt. Sie widmet sich der Ausbildung der Bewohner des Shan-Staates in Menschenrechtsangelegenheiten, veröffentlicht Nachrichten über Menschenrechtsverletzungen, die in Shan-Sprache verbreitet werden. Die Organisation ermutigt dazu, Nachrichten direkt einzusenden und so in der Menschenrechtsbewegung aktiv zu werden. Die Hilfe für die Shan, ihre »Opfermentalität« abzustoßen, indem sie von der erlittenen Gewalt berichten und veröffentlichen können, scheint ein Schritt voran in Richtung »Sich-aktiv-Wehren«. Es wäre vorteilhaft, wenn diese Art von Bewusstseinsbildung von allen anderen Nichtregierungsorganisationen im Bereich Menschenrechtsarbeit in Burma angenommen würde.

Schlussfolgerung

Abschließend möchte ich hervorheben, dass, wenn ethnische Konflikte den Hauptanteil aller existierenden offenen Konflikte einnehmen und Menschenrechtsverletzungen über die ganze Welt gelöst werden sollen, unser einziger Weg raus aus dieser turbulenten Situation sein wird, den Gedanken von Demokratie und Recht zur Selbstbestimmung aufzugreifen. Selbstbestimmung ist ein akzeptierter und etablierter Bestandteil der kollektiven Menschenrechte und ist somit auch Grundlage für alle individuellen Menschenrechte. Die Zukunft der vergessenen Völker wird vorrangig von der Verpflichtung und dem politischen Willen der Vereinten Nationen und der

internationalen Gemeinschaft und in gewissem Ausmaß von nicht-staatlichen Akteuren und Nichtregierungsorganisationen abhängen. Schaut man sich jedoch die Entwicklung der letzten Jahre an, hat mensch allen Grund, optimistisch zu sein. Die Etablierung des Internationalen Strafgerichtshofes, die Tribunale für Bosnien und Ruanda und letztlich die verblässenden Schicksale der Diktatoren Pinochet und Suharto zeigen, dass es derzeit der internationalen Tonart entspricht, die Regierungen zum moralischen Handeln zu zwingen, was für alle Menschenrechtsaktivisten und -vertreter als ein Schritt vorwärts angesehen werden muss.

Übersetzung aus dem Englischen von
Gudrun Witte